

Kommunal-Newsletter der AG Kommunalpolitik

Nr. 21 – 18. April 2007

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem Kommunal-Newsletter der AG Kommunalpolitik der Fraktion DIE LINKE. übermitteln wir euch aktuelle Informationen zu verschiedenen kommunal relevanten Themen aus EU, Bund, Ländern und Kommunen. Wie immer nehmen wir sehr gern weiterführende Hinweise oder Verbesserungen zur Gestaltung des Kommunal-Newsletters entgegen. Um möglichst Viele zu erreichen, wären wir euch auch dankbar, wenn ihr den Kommunal-Newsletter weiter verschicken oder empfehlen würdet. Bereits erschienene Ausgaben können bei uns angefordert werden.

Mit freundlichen Grüßen
Katrin Kunert (MdB), Petra Brangsch und Manfred Klaus

D i e I n h a l t e

1. Parlamentarische Initiativen
2. Themen
 - 2.1. Globalisierung
 - 2.2. Europa und Kommunen
 - 2.3. Interkommunale Zusammenarbeit
 - 2.4. Transparenz
 - 2.5. Daseinsvorsorge
 - 2.6. Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen
 - 2.7. Kinder und Jugend
 - 2.8. Soziales
 - 2.9. Umwelt und Verkehr
 - 2.10. Energie
 - 2.11. Verschiedenes
3. Veranstaltungen
4. Veröffentlichungen
5. Kontakte

1. P a r l a m e n t a r i s c h e I n i t i a t i v e n

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Fakten und Positionen der Bundesregierung zum Mittelabfluss des Eingliederungstitels für das SGB II im Jahr 2006

<http://dip.bundestag.de/btd/16/037/1603780.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu Kriterien für die Auswahl eines Endlagers für radioaktiven Abfall

<http://dip.bundestag.de/btd/16/040/1604032.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Unterstützungen für das deutsche UNESCO-Welterbe

<http://dip.bundestag.de/btd/16/040/1604035.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu Gebührenbelastung der Bürgerinnen und Bürger

<http://dip.bundestag.de/btd/16/042/1604263.pdf>

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Keine Toleranz gegenüber Korruption

<http://dip.bundestag.de/btd/16/044/1604459.pdf>

Antrag der Linksfraktion – Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes für Produkte und Dienstleistungen für Kinder auf 7 Prozent

<http://dip.bundestag.de/btd/16/044/1604485.pdf>

Antrag der Linksfraktion – Finanzierung von Schüler- und Schülerinnenbeförderung im SGB II ermöglichen

<http://dip.bundestag.de/btd/16/044/1604486.pdf>

Antrag der Linksfraktion – Verzicht der Bundesregierung auf Einnahmen aus Sponsoring

<http://dip.bundestag.de/btd/16/044/1604488.pdf>

Antrag der Linksfraktion – Recht auf Verbraucherinformation grundlegend neu gestalten

<http://dip.bundestag.de/btd/16/045/1604544.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Hofnachfolge auf landwirtschaftlichen Betrieben

<http://dip.bundestag.de/btd/16/047/1604721.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Beschäftigungseffekte durch die GA „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

<http://dip.bundestag.de/btd/16/047/1604722.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Steigerung der Energiekosten – Auswirkungen auf die Realeinkommen von SGB-II- und SGB-XII-Beziehenden

<http://dip.bundestag.de/btd/16/047/1604785.pdf>

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unternehmenssteuerreform für Investitionen und Arbeitsplätze

<http://dip.bundestag.de/btd/16/048/1604855.pdf>

Antrag der Linksfraktion – Unternehmen leistungsgerecht besteuern – Einnahmen der öffentlichen Hand stärken

<http://dip.bundestag.de/btd/16/048/1604857.pdf>

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses Verkehr, Bau und Stadtentwicklung – Bericht über die wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland

<http://dip.bundestag.de/btd/16/049/1604940.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu Betreuung von Arbeitslosen in sächsischen Landkreisen und kreisfreien Städte nach der Kreisreform

<http://dip.bundestag.de/btd/16/049/1604967.pdf>

2. T h e m e n

2.1. Globalisierung

Bündnis KölnGlobal gegründet

Unter dem Namen "KölnGlobal" hat sich in Köln ein Bündnis für Solidarität und Dialog konstituiert. Als erste öffentliche Aktion wurde mit Unterstützung von Einzelpersonen ein Bürgerantrag eingereicht, der die Stadt Köln auffordert, sich aktiv für die Umsetzung der UN-Millenniums-Entwicklungsziele einzusetzen. So sollen die Beschaffungsvorschriften der Stadt um "Grundsätze nachhaltiger ökologischer Entwicklung und des Fairen Handels" erweitert werden, Städte- und Projektpartnerschaften gefördert, der Klimaschutz bei Dienstreisen beachtet und neue Haushaltsmittel dafür bereitgestellt werden.

www.koelnagenda.de/news.php?nr=07030108

Kommunen unterstützen Millenniumsziele

Der Deutsche Städtetag unterstützt die Millenniums-Entwicklungsziele und empfiehlt seinen Mitgliedskommunen, sich verstärkt an ihrer Verwirklichung zu beteiligen. Einen Überblick über die

Millenniums-Entwicklungsziele aus kommunaler Sicht können sich Kommunen und andere Interessierte jetzt auf den Internetseiten der Servicestelle verschaffen. Die Seiten bieten umfassende Informationen, Anregungen und Kontakte für kommunales Engagement und stellen die neue Millenniums-Erklärung der beiden Verbände vor.

www.staedtetag.de/10/pressecke/dst_beschluesse/artikel/2007/02/14/00170/index.html
www.service-eine-welt.de/mdg/mdg-start.html

2.2. Europa und Kommunen

Ländliche Räume dürfen nicht zur Restgröße europäischer und deutscher Raumordnungspolitik werden

Die in der Arbeitsgemeinschaft Peripherer Regionen im Deutschen Landkreistag (APER) zusammengeschlossenen Landkreise und Städte haben sich in Berlin anlässlich einer Zusammenkunft mit Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen gegen eine einseitige europäische und deutsche Raumordnungspolitik ausgesprochen.

<http://www.kreise.de/landkreistag/dlt-aktuell/presstexte/presstexte-2007/pt-07-03-23a.htm>

2.3. Interkommunale Zusammenarbeit

Interkommunale Zusammenarbeit

Förderung und Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit in Niedersachsen

Das Land Niedersachsen will auf Antrag von CDU und FDP ab dem Haushaltsjahr 2007 die Einrichtung kommunaler Kooperationen besonders fördern (Startphase). Dafür hat der Landtag im Haushalt 2007 sowie in den beiden Folgejahren jeweils 300.000 Euro bereitgestellt.

http://www.landtag-niedersachsen.de/Infothek/dokumente/dokumente_index.htm (Drs. 15/3642)

2.4. Transparenz

Vorbeugen gegen Korruption

Jenseits der Skandale: Was können Kommunen tun, um Korruption nach Möglichkeit zu vermeiden oder doch zumindest zu erschweren? Alle Akteure sind hier gefordert. Dreh- und Angelpunkt eines umfassenden Konzeptes sind Öffentlichkeit und Transparenz. Ein Schwerpunkt der Kommunalen Infothek der Heinrich-Böllstiftung:

<http://www.kommunale-info.de/index.html?/asp/Themenpaketanzeige.asp?ThemenpaketId=1011800>

2.5. Daseinsvorsorge

Gemeindebund betrachtet Privatisierungspolitik als gescheitert

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) hat vor weiteren Angriffen auf die Kommunalwirtschaft und einem Zwang zur Privatisierung gewarnt. Die Devise "Privat vor Staat", habe sich inzwischen als falscher Weg erwiesen, sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg der Chemnitzer "Freien Presse". Es gebe genügend Beispiele, wo einst privat geführte Unternehmen wieder von den Kommunen übernommen würden und deutlich preisgünstiger seien.

http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php?Nr=15767

http://www.dstgb.de/index_inhalt/homepage/index.phtml

Kommunale Krankenhäuser sind zukunftsfähig – Ein Vergleich mit privaten Kliniken

Mit dieser Broschüre wollen der Deutsche Städtetag und die Einkaufsgemeinschaft Kommunaler Krankenhäuser eG im Deutschen Städtetag (EKK) einen Diskussionsbeitrag zur zukünftigen Entwicklung und Bedeutung kommunaler Krankenhäuser leisten. Es wird aufgezeigt, dass es sinnvoll und lohnend ist, Krankenhäuser in eigener kommunaler Verantwortung fit für den Wettbewerb zu machen.

<http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/schwerpunkte/fachinfos/2007/19.pdf>

2.6. Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen

Öffentliche Auftragsvergabe

Mit nur einer Stimme Mehrheit wurde am Mittwoch im Kreistag ein Antrag der Tübinger Linken abgeschmettert, der darauf abzielte, dass bei öffentlichen Vergaben nur solche Firmen berücksichtigt werden, die Tariflöhne zahlen. 24 Kreisräte (TÜL/PDS, Grüne, SPD und einzelne von der FWV) stimmten dem Antrag zu, 25 lehnten ihn ab – und zwei enthielten sich. Auch der Antrag, das Land aufzufordern, ein Gesetz zu erlassen, das Tariftreue zulässt, fiel mehrheitlich durch – allerdings nicht ganz so knapp, er bekam nur 19 Ja-Stimmen.

<http://tuelpds.twoday.net/stories/2929026/>

Öffentliche Ausschreibungen - Münster aktiv gegen Kinderarbeit

Die Stadt Münster will zukünftig bei öffentlichen Ausschreibungen nur noch Produkte berücksichtigen, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden. Mit neuen internen Ausschreibungs- und Vergaberichtlinien werden die Anforderungen von fair gehandelten Produkten verbindlich und gelten für alle Bereiche des städtischen Beschaffungswesens.

www.presse-service.de/data.cfm/static/658322.html

2.7. Kinder und Jugend

Sozialraumorientierter Umbau der Hilfen zur Erziehung: Positive Effekte, Risiken + Nebenwirkungen. Dokumentation der Fachtagung, Berlin, 27.-29.11.2006

Viele bundesdeutsche Kommunen haben sich auf den Weg gemacht, die Erziehungshilfen sozialräumlich umzubauen. Die Erfahrung zeigt, dass immer wieder neue Herausforderungen auftauchen und von den MitarbeiterInnen und leitenden Fachkräften in der öffentlichen und freien Jugendhilfe gemeistert werden müssen. Anliegen dieser Fachtagung war es deshalb, einen bundesweiten Erfahrungsaustausch mit allen Interessierten zu initiieren, die sich auf einen HZE-Reformprozess einlassen wollen, sich bereits im Prozess befinden oder diesen in ihrer Kommune schon längere Zeit verfolgen..

http://www.vfk.de/agfj/veranstaltungen/dokumentation.phtml?termine_id=810&pub_id=924&b_id=anzahl1

Zwei Jahre danach: Kommunale Erfahrungen bei der Umsetzung des TAG (§§ 22-24a SGB VIII) Dokumentation, Berlin, 02.-03.11.2006

Am 1. Januar 2005 ist das Gesetz zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung in Kraft getreten und hat damit bereits laufende Entwicklungen beim Ausbau der Kindertagesbetreuung verbindlich gemacht. In vielen Kommunen war der Aus- bzw. Umbauprozess bereits vorher angelaufen. Auf dieser Tagung wurde nun zwei Jahre nach seinem Inkrafttreten der aktuelle Umsetzungsstand des TAG diskutiert. Das Deutsche Jugendinstitut e. V. stellte hierzu seine Evaluationsergebnisse vor.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Vorstellung und Diskussion gelungener kommunaler Beispiele für Kindertagesbetreuung aus verschiedenen Städten und Landkreisen aus Ost und West.

Dabei wurde insbesondere auf folgende Aspekte Bezug genommen:

Qualifizierte bedarfsgerechte Planung,
Flexible Angebotsformen,
Tagespflege sowie
Qualitätsentwicklung und Personalentwicklung.

http://www.vfk.de/agfj/veranstaltungen/dokumentation.phtml?termine_id=797&pub_id=922&b_id=anzahl2

2.8. Soziales

Fernsehgebühr bei Hartz IV rechtswidrig

„Hartz-IV-Beziehende müssen keine Rundfunkgebühren zahlen - auch wenn sie zuvor Arbeitslosengeld I bezogen haben und deshalb nun einen Zuschuss vom Job-Center erhalten. Das hat das Verwaltungsgericht gestern entschieden. Es erklärte die Klagen von zwei Arbeitslosen für rechtmäßig. Die Richter äußerten verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Auffassung, mit der die Gebühreneinzugszentrale (GEZ) und der Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) die beiden Bürger zur Kasse bitten wollten. Erwerbslose, die nach Bezug von Arbeitslosengeld I Hartz IV beantragen, haben zwei Jahre lang Anspruch auf Zuschüsse: pro Monat bis zu 160 Euro zusätzlich zum Grundbetrag von 345 Euro. Die GEZ und der RBB meinten, dass dann Rundfunkgebühren fällig würden - egal, wie hoch die Zuschüsse sind.

http://www.digitalfernsehen.de/news/news_144103.html

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/print/berlin/640949.html>

2.9. Umwelt und Verkehr

Feinstaub und Luftreinhaltepläne

Die EU-Grenzwerte für Feinstaub werden in vielen Städten immer noch überschritten. Was tun die Kommunen, welche Maßnahmen versprechen Erfolg?

<http://www.kommunale-info.de/index.html?asp/Themenpaketanzeige.asp?ThemenpaketId=1011300>

Installation von Zeitanzeigen an Ampelanlagen

Die PDS-Fraktion im Stadtrat Arnstadt hat einen Antrag eingebracht, Ampelanlagen im Stadtgebiet mit Zeitanzeigen für die Dauer der Rotphase auszustatten. Sie sieht darin einen wirksamen und konkreten Beitrag zum Klimawandel.

<http://www.arnstadt.de/download.php?doc=e4ec1f02513c0f36bd252f66fa876c5b>

2.10. Energie

Energiesparen - Förderprogramme

Eine aktualisierte Auflage der Informationsbroschüre über Förderprogramme für Energiesparmaßnahmen und erneuerbare Energien hat das Bundesumweltministerium in Zusammenarbeit mit dem BINE Informationsdienst herausgegeben. Rund 900 Förderprogramme der Europäischen Union sowie von Bund, Ländern, Kommunen und Energieversorgern werden vorgestellt.

www.bmu.de/erneuerbare_energien/downloads/doc/36207.php

Klimaschutz und Energieeffizienz

Um dem zunehmenden kommunalen Interesse am Thema "Klimaschutz und Energieeffizienz" Rechnung zu tragen, hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) auf seiner Homepage einen Brennpunkt zum Thema "Klimaschutz und Energieeffizienz" eingerichtet. Der Verband berichtet unter diesem Brennpunkt fortlaufend über aktuelle Entwicklungen zum Thema "Klimaschutz und Kommunen", gibt Hinweise zu Fördermöglichkeiten im Rahmen der Gebäudesanierung, stellt kommunale Handlungsempfehlungen vor und stellt weiterführende Informationen und Links zum Thema bereit. Auch die aktuelle Ausgabe der DStGB-Verbandszeitschrift "Stadt und Gemeinde" widmet sich schwerpunktmäßig diesem Thema.

www.dstgb.de, www.stadt-und-gemeinde.de

2.11. Verschiedenes

Tag der Regionen 2007

Unter dem Motto "regional und fair" will der Tag der Regionen am 30. September 2007 Beispiele für faires Konsumverhalten aufzeigen. Ein regionales und faires Konsumverhalten bedeutet Fairness gegenüber ErzeugerInnen, ProduzentInnen, Natur und Tieren und gegenüber den nachfolgenden Generationen. Interessierte sind eingeladen, sich am Tag der Regionen mit eigenen Programmen zu beteiligen.

www.tag-der-regionen.de

3. Personalien – Linke Mandate

Holger Kippenhahn neuer Bürgermeister von Heiligengrabe

Mit einem überzeugenden Ergebnis wurde Holger Kippenhahn (Linkspartei) am 15. April 2007 zum neuen hauptamtlichen Bürgermeister der brandenburgischen Gemeinde Heiligengrabe (Kreis Ostprignitz-Ruppin) gewählt. Er bekam 1452 von 2001 abgegebenen Stimmen, der Zweitplatzierte, ein Einzelbewerber, nur 330 Stimmen. Seit Jahren wirkte Kippenhahn als Kämmerer in Heiligengrabe und ist derzeit noch Linksfraktionschef in der Stadtverordnetenversammlung Kyritz.

Internet: www.heiligengrabe.de, eMail: gemeinde@heiligengrabe.de

Kommunalpolitisches Forum Hessen gegründet

Rund 50 sich als Linke verstehende Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus ganz Hessen haben am 3. März 2007 in Friedrichsdorf den gemeinnützigen Verein „Kommunalpolitisches Forum Hessen“ (KoPoFo) gegründet. Vorsitzender ist Hermann Schaus (Kreistagsabgeordneter, Hochtaunuskreis). Stellv. Vorsitzender: Nico Biver (Stadtrat und Mitglied des Magistrats, Marburg); Schatzmeister: Dr. Hans Jennes (Hochtaunuskreis); Beisitzer: Magda Bubori (Fraktionsassistentin, Offenbach am Main); Klaus Fischer (Kreistagsabgeordneter, Wetteraukreis); Michael Janitzki (Stadtverordneter, Gießen); Volker Kaphingst (Stadtverordneter, Schwalmstadt).

Kontakt: Kommunalpolitisches Forum Hessen Frankfurter Straße 15, 35039 Marburg,

eMail: schaus.4@t-online.de

3. V e r a n s t a l t u n g e n ¹

26. April 2007

Veranstalter: Forum für Zukunftsenergien, Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie NRW
Ort:

Kommunen und die Millenniumsziele

Veranstalter: Eine Welt Netz NRW

Ort: Düsseldorf

Info/Anmeldung: <mailto:monika.duelge@eine-welt-netz-nrw.de>, Fax: 0251 / 28466910

26.04.2007

Stadtumbau in Klein- und Mittelstädten – Perspektiven und Instrumente zwischen Wohnungsleerstand und demografischen Wandel

Veranstalter: vhw – Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung e. V.

Veranstaltungsort: Luckenwalde

Anmeldung: gst-ost@vhw.de (bis 25.04.2007)

26. bis 28. April 2007

Lokale Partnerschaften in der Stadtentwicklung – Europäischer Bürger- und Städtekongress

Veranstalter: Stadt Leipzig, Deutscher Städtetag, EUROCITIES, CEMR und Heinrich-Böll-Stiftung

Ort: Leipzig, KUBUS UFZ-Umweltforschungszentrum

Info: www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Fortbildung/2007_04_leipzig.pdf

4. Mai 2007

Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts – Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung

Veranstalter: Bundeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Landeszentrale für politische Bildung, Otto Brenner Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung, Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt Thüringen

Ort: Friedrich-Schiller-Universität Jena, Rosensäle

http://www.bpb.de/veranstaltungen/SAVC87.0,Jenaer_Konferenz.html

10. Mai 2007

Wissensbörse – Praxis Stadtteilarbeit

Veranstalter: LAG Soziale Brennpunkte Nds e.V.

Ort: Hannover, Stadtteilzentrum KroKus

Info: <http://www.praxisnetzwerk-stadtteilarbeit.de/>

2. Juni 2007

Zehn Jahre Lokale Agenda

Veranstalter: Agenda-Büro der Stadt Bonn

Ort: Bonn

Kontakt: Agenda-Büro der Stadt Bonn, Doris Ngom, Fon 0228 / 77-2100,

<mailto:agenda-buero@bonn.de> (Organisationen und Gruppen können sich bis 30. März 2007 anmelden)

14. Juni 2007

Mitten drin – Kinder- und jugendfreundliche Entwicklungsplanung im öffentlichen Raum

Veranstalter: Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen (LJS), Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit

Ort: Hannover-Hainholz, St. Marienkirche

Info: Landestelle für Jugendschutz Tel.: 0511 85 87 88 oder www.jugendschutz-niedersachsen.de

Kommunalpolitische Konferenz der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag: Öffentliche Daseinsvorsorge braucht öffentliches Eigentum in Bremen

¹ In dieser Rubrik werden nur Veranstaltungen aufgenommen, die noch nicht im Bundesweiten Veranstaltungskalender stehen und der unter www.pds-kommunalpolitik.de zu finden ist.

28. April 2007, 10.00 Uhr bis 17.00 Uhr

<http://www.linksfraktion.de/nachricht.php?artikel=1469119492>

4. Veröffentlichungen

Dörfer beleben – Flächen sparen – ein Leitfaden

Die Idee für den Leitfaden entstand bei den drei Landkreisen vor dem Hintergrund der zunehmenden Verödung der Ortskerne in Gemeinden des ländlichen Raums bei gleichzeitig wachsendem Flächenverbrauch durch die Ausweisung neuer Wohngebiete am Rand der Gemeinden. Zusammen mit den negativen Folgen der demographischen Entwicklung ergibt sich die Situation, dass in vielen Gemeinden vor allem die jungen Menschen aus den Ortskernen wegziehen. Zurück bleiben oftmals leer stehende Gebäude, die dann das Ortsbild prägen. Mit dem Leitfaden "DORF KOMM!" möchte die LEADER-Aktionsgruppe Hohenlohe-Tauber in Kooperation mit den drei Landkreisen diesen Trend stoppen. Daher wurde ein Planungsbüro damit beauftragt, auf Grundlage bereits bestehender kommunaler Entwicklungskonzepte einen Leitfaden zu erarbeiten, der den kommunalen Entscheidungsträgern und den Planern pragmatische Möglichkeiten und Lösungen aufzeigt, wie Dörfer wieder belebt und Flächen gespart werden können.

<http://www.leader-hohenlohe-tauber.de/>

Michael Bretschneider

Hauptaufgaben der Stadtentwicklung und Kommunalpolitik in Groß- und Mittelstädten 2006 - Ergebnisse einer Panelbefragung, Difu, 2007

ISBN: 978-3-88118-429-8

Mit dieser Befragung zu den aktuellen Hauptaufgaben von Stadtentwicklung und Kommunalpolitik setzt das Deutsche Institut für Urbanistik die seit mittlerweile 26 Jahren wiederholte Umfrage fort – mit zwei Modifikationen: Im Fokus stehen nicht mehr kommunale „Probleme“, sondern „Aufgaben“, und das Panel der Befragten wurde um Vertreter der Mittelstädte erweitert.

Aus Sicht der befragten Stadtentwicklungsplaner dominieren – zumindest in den Großstädten – die Bereiche „Kommunalfinanzien und Haushaltskonsolidierung“ und „Demographischer Wandel, Familie“ mit weitem Abstand die kommunale Aufgabenstruktur. Von den Mittelstädten werden weitere Aufgabengebiete als vordringlich erachtet, das Ergebnis ist dort vielschichtiger.

Der Band enthält die zusammengefassten Befragungsergebnisse für das Jahr 2006, ferner ist der Befragungsrücklauf komplett dokumentiert. Darüber hinaus werden Problemlösungen vor Ort vorgestellt, die es aus Sicht der Befragten verdienen, im interkommunalen Erfahrungsaustausch vorgestellt zu werden.

http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte/1_07/06.phtml

Städtebauliche Verträge. Neues Handbuch für die kommunale Praxis

Neben der Bauleitplanung sind städtebauliche Verträge mehr denn je das zentrale Instrument zur Steuerung und Finanzierung der städtebaulichen Entwicklung in den Städten und Gemeinden. Sie bilden die rechtliche Basis für die Kooperation zwischen Investoren und Grundstückseigentümern einerseits und den Städten und Gemeinden andererseits.

Das aktualisierte Handbuch ist geeignet, Praktikern in den Gemeinden, aber auch Rechtsanwälten, Investoren und Developern konkrete Hinweise zur Entwicklung von vertraglichen Regelungen zu vermitteln, die den Besonderheiten des jeweiligen Einzelfalles genügen. In der Veröffentlichung sind eine Vielzahl von Vertragsmustern sowie Regelungsbeispiele abgedruckt, die im Sinne eines Baukastens verwendet werden können, mit dem einzelne Regelungsbeispiele und Muster bedarfsgerecht zu einem maßgeschneiderten Vertrag zusammengestellt werden können. Insgesamt enthält der Band 44 Regelungsbeispiele, die teilweise als vollständige Vertragsvorlagen verwendet werden können. Andere lassen sich mit dem Mustervertrag aus dem Anhang zu einem einzelfallgerechten Vertrag zusammenfügen.

http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte/1_07/02.phtml

5. Kontakte

Katrin Kunert

Kommunal- und sportpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag

Tel.: 030 227 74488

Fax: 030 227 76489

Büro: Platz der Republik 1

11011 Berlin

Mail: katrin.kunert.@bundestag.de

Dr. Petra Brangsch

wiss. Mitarbeiterin der Bundestagsabgeordneten Katrin Kunert

Tel.: 030 227 74490

Fax: 030 227 76489

Funk: 0172 3124439

Büro: Platz der Republik 1

11011 Berlin

Mail: katrin.kunert.ma02@bundestag.de

Dr. Manfred Klaus

Referent für Regional- und Kommunalpolitik

Tel.: 030 227 55110

Fax: 030 227 56413

Büro: Platz der Republik 1

11011 Berlin

Mail: manfred.klaus@linksfraktion.de

Felicitas Weck

Referentin Bund-Länder-Koordination

Tel.: 030 227 52114

Fax: 030 227 56411

Büro: Platz der Republik 1

11011 Berlin

Mail: felicitas.weck@linksfraktion.de